

Liebe Genossin, lieber Genosse,

Wir wenden uns aus Sorge an Dich, weil wir die **SPG-Novelle** im vorliegenden Stand für **rechts- und sicherheitspolitisch schlecht** und **unprofessionell gearbeitet** und aus **grund- und datenschutzrechtlicher Perspektive problematisch** halten.

Gegen den Entwurf wurden von vielen wichtigen Stimmen Bedenken vorgebracht, insbesondere etwa von den RichterInnen, RechtsanwältInnen und JournalistInnen. Gegenüber diesen Kritiken konnte das Innenministerium **die Notwendigkeit der SPG-Reform nicht plausibel** machen. Diese Tatsache macht die SPG-Novelle angesichts der massiven grundrechtlichen Probleme besonders suspekt.

Wir möchten Dich daher nachdrücklich darum bitten, die **Beschlussfassung so lange zu vertagen**, bis insbesondere folgende Fragen befriedigend von der Innenministerin beantwortet wurden:

- 1) Verfolgt die SPG-Reform nicht eine **erfolglose Sicherheitsstrategie**, die sich gerade im Kontext der Polizeifehler bei den jüngsten Terrorfälle in Norwegen und Deutschland als potentiell gefährlich herausgestellt hat?
- 2) Bindet eine Kompetenzausweitung nicht wichtige **polizeiliche Ressourcen, die im Kampf gegen wahre Bedrohungen fehlen?** (siehe etwa der schier unvorstellbare Ressourceneinsatz im TierschützerInnen-Verfahren).
- 3) Wäre nicht eine **unabhängige, richterliche Aufsicht viel effektiver**, um schwerwiegende inner-institutionelle Fehlentscheidungen wie im TierschützerInnen-Prozess frühzeitig zu korrigieren?
- 4) Kann ein **effektiverer Grund- und Datenrechtsschutz** nicht besser als im vorliegenden SPG-Entwurf als wichtiger Beitrag für eine effektive und erfolgreiche Polizeiarbeit genutzt werden?

Eine **sozialdemokratische Sicherheitspolitik** muss sich unserer Ansicht dadurch auszeichnen, dass sie sich **effektiv gegen die wahren Bedrohungslagen** richtet, anstatt konservativen Überwachungsstaats-Phantasien das Wort zu reden. Grundrechtsschutz muss als effektives Mittel verstanden werden, die Polizei durch Rechenschaftspflicht auf die wahren Gefahren zu fokussieren und den Ressourceneinsatz zu rationalisieren, statt sie in einer Kompetenz-Überdosis zu blockieren.

In diesem bitten wir Dich, das Innenministerium durch Vertagung der Vorlage zu einer substantiellen Auseinandersetzung mit diesen Fragen zu bringen.

Mit freundschaftlichen Grüßen,

Sektion 8 – Rechtspolitik
www.sektionacht.at